

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Gründet 1848 mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 3 Mk., durch unsere Vertreter gegenogen in der Stadt monatlich 2 Mk., auf dem Lande 2 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Interlokales Nr. 10 die 6-gelbten Korpostelle oder deren Namen, Nummern, die 2-gelbte Korpostelle Nr. 10. Bei Mietverträgen und Jahresauftrag entbrennender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-gelbte Korpostelle Nr. 10. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigendruck erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 181

Sonnabend den 5. August 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung wird auf die Drohnote Poincarés eine Antwort senden, worin die französischen Forderungen abermals abgelehnt und neue Vorschläge verlangt werden.

* Infolge des hohen Dollarkurses, der an der Berliner Börse zeitweise bis 800 stieg und dann wieder auf 830 sank, kauft die deutsche Regierung zurzeit keine Devisen mehr.

* Die Antwort des Grafen Berensfeld an den Reichspräsidenten Ebert wurde in Berlin überreicht. Sie verlangt Garantien für die Hoheitsrechte der Länder.

* In Berlin fand die bekannte Führerin der Frauenbewegung Minna Cauer.

* Die Londoner Konferenz wird jetzt als Vorläufer einer großen internationalen Zusammenkunft angesprochen. Vorläufig wird nur ein kurzfristiges Moratorium erwartet.

* Von der Tschatalschalinie werden andauernde Vorpostengefächte zwischen Griechen und Türken gemeldet.

Ruhige Entschlossenheit!

Der lange Leidensweg, den das deutsche Volk seit dem unglücklichen Kriegsende und dem verhängnisvollen Frieden zurückgelegt hat, mußte wohl auch dem unpolitischsten Kopfe im Lande ein unpolitisches Deutschland inzwischen längst die Erkenntnis eingebläut haben, daß das Deutsche Reich im Rate der Großmächte der Welt nicht einen Schatten mehr von dem darstellt, was es früher gewesen ist. Wo es sich um machtpolitische Entscheidungen handelt, müssen wir — die einen zähneknirschend, die anderen in sumner Resignation — beiseite stehen und abwarten, was die jeglichen Herren der Welt für sich und über uns beschließen. Von den beiden Völkern, die uns noch geblieben sind, von unserer wirtschaftlichen Verwerfung durch alle die Staaten, die auf eine Zusammenarbeit mit uns angewiesen sind, und schließlich von der moralischen Stellung, die ein Sechsmillionenvolk auf der hohen Rufstufen, auf der wir uns befinden, beanspruchen kann, hat die französische Zerstückelungspolitik den stärkeren Faktor, die wirtschaftliche Interessensverbindung mit der übrigen Welt allmächtig zu zerbrechen verstanden. Durch eine sorgfältige Taktik der Drohungen und Sühnungen unserer wirtschaftlichen Widerstandsbewegung ist es den Revanchepolitikern in Paris, die sich immer noch an das Wort Clemenceaus halten, daß es in Deutschland 20 Millionen Deutsche zu viel gibt, gelungen, die deutsche Salva soweit herunterzubringen, daß wir mit Windeseile österreichischen und russischen Zuständen entgegenstehen.

In einer solchen Situation muß sich jeder einzelne darüber klar sein, daß wir um so fester und unerschütterlicher auf diejenigen Kräfte stehen müssen, die uns niemand rauben kann, wenn wir nicht selbst in Kleinmut und Verzweifelt uns ihrer entziehen. Noch haben wir die Eindeutigkeit des Reiches bewahren können, und noch hat sich trotz aller lächerlichen Zwistigkeiten zwischen den politischen Parteien hier und da immer wieder ein Augenblick ergeben, welcher den Bürger und den Arbeiter, den Landmann und den Städter Hand in Hand für den Bestand des Reiches und die Verteidigung seiner letzten Güter entschlossen eintreten ließ. Ein solcher Augenblick ist auch jetzt wieder gekommen. Poincaré hat auf unsere erneute Darlegung, daß bei den durch die französische „starke Methode“ vollständig zerrütteten deutschen Finanzverhältnissen die Juchhaltung der vereinbarten Reparationen für die Reparation und für das Ausgleichsverfahren ganz undenkbar ist, keine andere Antwort gewünscht, als seine Drohungen mit Zwangsmahnahmen in verächtlicher Form zu wiederholen. Er ist zwar weder berechtigt, für sich allein eine Gesamtforderung der Alliierten geltend zu machen, ja, er findet dabei sogar energiegelben Widerspruch aus England und Belgien. Er scheint ferner keinen Anstoß daran zu nehmen, daß man einen Gläubiger, der am 15. August zahlen soll, nicht schon am 5. August pfänden kann. Zwar hat er jetzt zugesehen, daß ergründliche Maßnahmen nicht von ihm allein, sondern nur auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der Alliierten ergriffen werden können, er schränkt jedoch dieses Zugeständnis schon dadurch ein, daß er sagt, es müsse sich um „einmütige“ Beschlüsse handeln, womit der Widerstand Frankreichs schon deutlich angekündigt wird. Daneben aber läßt er unter offensichtlichem Stillschweigen der französischen amtlichen Stellen durch die von ihm beeinflusste französische Presse verstanden, daß seine Zwangsmahnahmen gegen Deutschland mit „steigender Kraft“ durchgeführt werden sollen und, wenn auch an militärische Sanktionen diesmal augenblicklich nicht gedacht sei, so doch Eingriffe in den deutschen Besitz im Elsaß und im Rheinlande in Aussicht genommen seien, durch die vielleicht größere wirtschaftliche Schäden angerichtet werden können als durch den Vormarsch einiger Regimenter, durch den er den Unwillen der übrigen Welt wohl in allzustarkem Maße auf sich ziehen würde.

In dieser gefährlichen Situation hat die Reichsregierung sich nicht darauf beschränkt, im engen Kreise des Kabinetts darüber zu beraten, welche Haltung gegenüber diesen Bedrohungen einzunehmen ist, sondern sie hat die Führer der deutschen Parteien mit Einschluß der Unabhängigen und der Demokratischen zusammen-

berufen. Auf Grund dieser Besprechung läßt sie amtlich bekanntmachen, daß die Parteiführer mit der Regierung völlig darin übereinstimmen, daß die gespannte innere und auswärtige Lage des Reiches die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes erfordert. Dieser Entschluß und diese Mahnung der Regierung lassen deutlich erkennen, daß im Kabinett und bei den Parteien kein Zweifel daran besteht, daß an der bisherigen Haltung gegenüber Frankreich nichts geändert werden kann. Es ist für uns auch nach Mahnabe eines denkbar weitgehenden Programms in letzter Stunde noch durchzuführen. Sie fassen jeder Möglichkeit hinaus von uns verlangen. Die deutsche Regierung hofft, daß der klare Standpunkt des Reiches, den sie vertritt, sich mit Unterstützung der anderen Staaten in letzter Stunde noch durchsetzen wird. Sie verkennt nicht den Ernst der Lage, und auch die deutsche Öffentlichkeit weiß, daß wir einer neuen schweren Krise entgegengehen. Der feste Wille, uns durch nichts erschüttern zu lassen, und die ruhige Entschlossenheit, auch diesen Schicksalsstürmen in fester Einigkeit die Stirn zu bieten, sind die einzigen moralischen Waffen, mit denen das deutsche Volk dem neuen Angriff des Erbfeindes begegnen kann. Möge der Mahnruf der Regierung nicht ungehört verfliegen!

Deutschland erwartet neue Vorschläge.

Die deutsche Regierung wird im Einvernehmen mit sämtlichen Parteien des Reichstages dem französischen Ministerpräsidenten auf seine zweite Drohnote in demselben Sinne antworten, wie am 26. Juli, daß die Aufbringung der geforderten Ausgleichsraten ihr unmöglich sei. Die deutsche Regierung wird sich aber gleichzeitig bereit erklären, Vorschläge der alliierten Mächte, die eine andere, Deutschland mögliche Art der Regelung der Ausgleichszahlungen zum Inhalt haben, in sorgfältigster Erwägung zu ziehen.

Vor London.

In Erwartung des Moratoriums.

Die Besprechung Poincarés mit Lloyd George wird vielfach als Vorspiel für wichtigere Verhandlungen angesehen, in denen das Bankierkomitee wieder eine Rolle spielen wird. Außerdem glaubt man, daß die späteren Konferenzen aller Voraussicht nach den Weg ebnen werden, um

eine große internationale Konferenz

anzuberaufen, zu der Amerika ebenfalls eingeladen wird, oder daß Amerika gebeten wird, die Konferenz nach Washington selbst einzuberufen. Vorläufig sagt man, Bassouls Note ermögliche eine provisorische Lösung, die vermutlich auch von Amerika angenommen würde. In Erwartung einer späteren allgemeinen Schuldenregelung würde Frankreich jetzt Deutschland ein Moratorium bewilligen mit der Bestimmung, daß Frankreich keine Schäden an England und Amerika nicht übertragen brauche, solange Deutschland nicht gezahlt habe.

Poincarés Zahlungsplan.

Der von Poincaré für London ausgearbeitete Reparationsplan wird sich wahrscheinlich an den alten Plan anlehnen, nach dem nur die 50 Milliarden Goldmark der Obligationen Reihe A und B von Deutschland gefordert werden sollen, während die übrigen der Reihe C schrittweise im Verhältnis zu den deutschen Zahlungen und der gleichzeitigen Verabreichung der interalliierten Schulden zu vernichten wären. Als Bedingung für die Herabsetzung der deutschen Schuld auf 50 Milliarden würde „Finanzen“ und „Maßnahmen zur Sanierung“ fordern.

Die Entschlüsse im Ausgleichsverfahren

Dem Auslande weit voraus!

Das dem deutschen Reich durch den Friedensvertrag aufgezwungene Ausgleichsverfahren bringt eine gewaltige Verzögerung in der Regelung der Verbindlichkeiten aus der Vorkriegszeit mit sich, unter der die betroffenen Privatpersonen ebenso in Deutschland wie in den alliierten Ländern leiden. Gegenüber dem in den alliierten Ländern immer mehr wachsenden Unwillen des Publikums pflegen neuerdings die alliierten Behörden die Verantwortung für diese Verhältnisse auf das Reichsausgleichsamt abzuwälzen. Gegenüber diesem Vorwurf muß ausdrücklich betont werden, daß das Reichsausgleichsamt in der Entschlossenheit gegenüber der Forderung der alliierten Ausgleichsämter weit voraus ist.

Nach dem Stande vom 30. 6. 22 hatte z. B. England Deutschland gegenüber 22,99 Prozent der dem gegnerischen Ausgleichsamt mitgeteilten Forderungsbeträge, Deutschland England gegenüber 48,60 Prozent, Frankreich Deutschland

gegenüber 26,77 Prozent, Deutschland Frankreich gegenüber 35,64 Prozent, Belgien Deutschland gegenüber 0,66 Prozent, Deutschland Belgien gegenüber 19,91 Prozent. Schon diese Zahlen dürfen beweisen, daß die gegnerischen Ausgleichsämter keinen Anlaß haben, sich über die Säumnigkeit des Reichsausgleichsamts zu beklagen. Vielmehr hat z. B. das französische Amt dem Reichsausgleichsamt im Monat Juli überhaupt keinen Beitrag aufgeschrieben, während die deutschen Entschlüsse gegenüber diesem Amt in dem genannten Monat 32 Millionen Frank betragen.

Scharmügel an der Tschatalschalinie.

Auswanderung aus Konstantinopel.

Trotz des energischen Eingreifens der Alliierten ist die Aufregung in Konstantinopel sehr groß. Die Bevölkerung der europäischen Küste verläßt die asiatische Ufer hinüber zu gelangen, so daß die interalliierte Polizei die Verbindung zwischen den beiden Küsten unterbrechen mußte. Nachrichten aus Tschatalscha zufolge kommt es täglich zu Scharmügeln zwischen der türkischen Gendarmerie und griechischen Vorposten. Trotz des Verbots der alliierten Truppen wandert die Bevölkerung in der Gegend von Konstantinopel aus. Bei Karsali überschritt eine Abteilung griechischer Kavalleristen die Grenzlinie und geriet mit türkischer Gendarmerie in ein Feuergefecht. Weiter drangen zwei griechische Kavallerie- und Infanteriepatrouillen in die neutrale Zone ein.

Die Zusammenziehung der griechischen Truppen

in Thrazien dauert an. Es werden militärische Vorbereitungen zu Lande und zu Wasser getroffen, um jedem Vordringen der Griechen über die Grenzlinie Widerstand zu leisten. Die Porte wird den alliierten Kommissionen eine Protestnote gegen die Proklamierung der Autonomie von Smyrna übergeben. Die griechische Regierung will die Kollektivnote der Verbündeten durch eine neue Note beantworten, in der sie auf der Notwendigkeit besteht, einen Druck auf den Feind ausüben zu können. Das Ministerium des Innern hat erklärt, daß die militärische Lage in Thrazien an der Tschatalschalinie unüberändert bleibe. Die griechische Armee werde im Alarmzustand verharren, um einen Druck gegen Konstantinopel auszuüben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich

Die alten Hoheitszeichen bei der Post.

In einem solchen veröffentlichen Erlasse wendet sich der Reichspostminister Gieseler an die gesamte Beamtenenschaft der Postverwaltung. In dem Erlaß wird auf eine Reihe von Beschwerden hingewiesen, die in letzter Zeit bei der Verwaltung eingegangen sind, die sich dagegen wenden, daß auf Posthäufschilbern, Siegel- und Verschlußmarken, Stempeln, Bordrucken usw. die Hoheitszeichen der früheren Staatsform nicht genügend oder gar nicht entfernt worden sind. Auch finden sich in den Dienst- und Erfassungsräumen Bildwerke ähnlichen Charakters. Die Beamten werden aufgefordert, die ergangenen Vorschriften genau zu beachten und mit größter Sorgfalt alles zu vermeiden, was der Reichspostverwaltung und ihren Organen „als Widerstand gegen republikanische Einrichtungen“ gedeutet werden kann, d. h. die alten Hoheitszeichen an allen in Frage kommenden Stellen zu beseitigen.

Frankreichs Politik im Saargebiet.

Der Vorsitzende der französischen Kammer-Finanzkommission, Abg. Darlac, hat das besetzte Rheinland und das Saargebiet bereit und dem Ministerpräsidenten Poincaré Bericht erstattet. In einem besonderen Brief an Poincaré erinnert Darlac an die Befürchtungen in der ersten Sitzung des Landesrats im Saargebiet, die angesprochen französisch gewesen seien. Darlac erklärt die Verantwortung der Regierungskommission des Saargebietes, durch welche der Landesrat geschaffen wurde, für unzureichend, wenn nicht gefahrlos. Er bittet um Mitteilung der Maßnahmen, die der Ministerpräsident dem Völkerrundrat vorzuschlagen gedenke, um eine Wiederholung von Zwischenfällen zu vermeiden, durch die die Zukunft der französischen Politik im Saargebiet ernstlich gefährdet würde.

Nachrichten aus England.

Die Londoner „Times“ bringen aus Berlin die Mitteilung eines aus Russland zurückgekommenen Reisenden, daß die Flotte Sowjetrusslands durch Deutsche reorganisiert worden sei, und daß Deutschland hierzu Munition und Ausrüstungsgegenstände geliefert habe. Die Mitteilung dieses Reisenden beruht auf freier Erfindung, wie halbamtlich festgestellt wird.

Rußland.

× Freundschaftsverhandlungen mit Japan. Der Volksbeauftragte für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetregierung und der Minister des Äußern der Republik des fernem Ostens haben eine Antwortnote an die japanische